

# Bürgerinitiativen organisieren sich

## Mitbeteiligung an einem Gesamtverkehrskonzept gefordert



Gemeinsam für ein neues Verkehrskonzept: Die Mitglieder der neuen Plattform

Das gab es schon lange nicht mehr: Die Bürgerinitiativen in der Donaustadt und angrenzender Regionen haben sich zu einer Plattform zusammengeschlossen. Ihr Ziel: Alle Entscheidungsträger über die Stadtgrenzen hinaus sollen sich mit ihnen an einen Tisch zusammensetzen. „Wir wollen ein Gesamtver-

kehrskonzept für die Donaustadt und die angrenzenden Regionen, das nachhaltig von der Verkehrsflut entlastet. Und wir wollen an der Erstellung beteiligt sein!“, erklärt ein Vertreter der neuen Plattform, Heinz Mutzek gegenüber der **dbz**.

Zusammengefunden haben die einzelnen Bürgerinitiativen

beim Bürgerbeteiligungsverfahren zur geplanten Schnellstraße durch Hirschstetten. „Obwohl wir unterschiedliche Ausgangspositionen hatten, eint uns ein gemeinsames Anliegen, nämlich die Verkehrsentwicklung in diesem Bezirk für die Zukunft zum Positiven zu verändern. Die Stadtstraße, die Spange S1, die S1 Lobau-Schnellstraße sind nicht die Lösung der Probleme“, sind die Mitglieder der Plattform überzeugt.

### Nadelöhr

Dass nun so viele an einem Strang ziehen, hat seinen Grund, so Mutzek: „Nach den neuesten Entwicklungen gehen wir nun davon aus, dass der Lobautunnel gar nicht kommt. (Lesen Sie dazu auch S 17, Anm.) Das würde bedeuten, dass der gesamte

Verkehr über die Stadtstraße fließt. Die vierspurige Straße würde zur Transitroute. Wir sind bereits jetzt am Limit mit Feinstaub, Lärm und Abgasen! Daher muss der Verkehr vor allem durch den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel abgedeckt werden.“

### Umsteigen

„Wir wollen alle Hebel in Bewegung setzen, um Alternativen zum Auto zu schaffen. Dann wären viele bereit, auf Öffis umzusteigen“, sind Mutzek und seine „Mitstreiter“ überzeugt. Die Lösung sieht man einerseits in mehr Park&Ride-Möglichkeiten oder Pendlerbussen, andererseits auch in einem noch rascheren Ausbau der Schnellbahn und zusätzlicher Radwege. In einem offenen Brief an BV Scheed machen sie auf ihr Anliegen aufmerksam. „Wir suchen den Dialog. Als Vertreter der verschiedenen Bürgerinitiativen erwarten wir ernsthafte Gespräche mit kompetenten Vertretern aus Politik und Verwaltung.“